

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Bildungsausschuss**

16. WP - 65. Sitzung (öffentlicher Teil)

am Donnerstag, dem 12. Februar 2009, 14 Uhr,  
in Sitzungszimmer 139 des Landtages

### **Anwesende Abgeordnete**

Sylvia Eisenberg (CDU)

Vorsitzende

Heike Franzen (CDU)

Susanne Herold (CDU)

Wilfried Wengler (CDU)

Hans Müller (SPD)

Detlef Buder (SPD)

Dr. Henning Höppner (SPD)

Angelika Birk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Ekkehard Klug (FDP)

### **Weitere Abgeordnete**

Anke Spoorendonk (SSW)

### **Fehlende Abgeordnete**

Niclas Herbst (CDU)

Jürgen Weber (SPD)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>		<b>Seite</b>
<b>1.</b>	<b>a) Berufliche Bildung stärken</b>	<b>5</b>
	Antrag der Fraktion von CDU und SPD Drucksache 16/2400  (überwiesen am 29. Januar 2009)	
	<b>b) Neue Perspektiven der beruflichen Bildung</b>	
	Antrag der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/2407	
<b>2.</b>	<b>Bericht der Bildungsministerin über die mögliche Schließung von Grund- schulen in Schleswig-Holstein</b>	<b>6</b>
<b>3.</b>	<b>Bericht der Landesregierung über geplante Investitionsvorhaben im Rah- men des Konjunkturpakets II in den Bereichen Bildung und Wissenschaft</b>	<b>7</b>
<b>4.</b>	<b>Nachwuchs in der Seeschifffahrt sicherstellen</b>	<b>9</b>
	Bericht der Landesregierung Drucksache 16/2398	
<b>5.</b>	<b>Bericht des Wissenschaftsministeriums zur Umsetzung des Hochschulpakts</b>	<b>10</b>
<b>6.</b>	<b>Kieler Universitätscampus und Denkmalschutz</b>	<b>11</b>
	Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/2404 Nummer 1	

- 7. Entwurf eines Gesetzes zum Vertrag zwischen dem Land Schleswig-Holstein und dem Heiligen Stuhl** **12**
- Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 16/2245
- 8. Verschiedenes** **13**
- 9. Petition L142-16/1217 Kindertagesstätten und Schulen; Kinderernährung**
- interner Umdruck 16/3277
- (nicht öffentlich gem. Artikel 7 Abs. 3 Satz 2 LV i. V. m. § 17 Abs. 1 Satz 2  
GeschO)

Die Vorsitzende, Abg. Eisenberg, eröffnet den öffentlichen Teil der Sitzung um 14:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**a) Berufliche Bildung stärken**

Antrag der Fraktion von CDU und SPD  
Drucksache 16/2400

(überwiesen am 29. Januar 2009)

**b) Neue Perspektiven der beruflichen Bildung**

Antrag der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 16/2407

(auf Antrag von Abg. Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] im Rahmen des Selbstbefassungsrechts gemäß Artikel 17 Abs. 2 Satz 2 LV i.V.m. § 14 Abs. 1 Satz 2 GeschO)

Der Bildungsausschuss will bis Ende März schriftliche Stellungnahmen zu beiden Anträgen einholen und sie am 23. April 2009 beraten.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Bericht der Bildungsministerin über die mögliche Schließung von Grundschulen in Schleswig-Holstein**

(auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

M Erdsiek-Rave berichtet über kleine Grundschulen (Umdruck 16/3995).

Abg. Birk hält es für befremdlich, dass in Lübeck gerade an Grundschulen, die modernisiert und ausgebaut worden seien, völlig überraschend keine erste Klasse eingerichtet werde.

M Erdsiek-Rave macht deutlich, der Grundsatz „kurze Beine kurze Wege“ gelte in besonderer Weise für die Fläche; in Städten mit mehreren Grundschulen nah beieinander sei die Zukunft einer Schule anders zu sehen. Bei nur sechs Anmeldungen werde an der Grundschule Lübeck-Kücknitz keine erste Klasse eingerichtet, ebenso wenig an der Grundschule Lübeck-Moisling und an der Luise-Schule mit nur vier Anmeldungen. Wenn an einzelnen Standorten keine pädagogisch sinnvolle und ökonomisch vertretbare Klassenbildung zustande komme, müsse die Schulentwicklungsplanung reagieren, damit nicht Ressourcen zulasten anderer Grundschulen verschwendet würden.

Abg. Dr. Klug bittet das Bildungsministerium um nähere Erläuterungen zu der Frage, inwieweit bei Einrichtung von Außenstellen die Sicherung der Unterrichtsversorgung, ein flexibler Lehrereinsatz und die Aufgabenerledigung der Schulleitung in der Außenstelle hinreichend gewährleistet würden.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Bericht der Landesregierung über geplante Investitionsvorhaben im Rahmen des Konjunkturpakets II in den Bereichen Bildung und Wissenschaft**

(auf Antrag der Fraktion der FDP)

Auf Fragen von Abg. Dr. Klug trägt M Erdsiek-Rave vor, die Summe der Wünsche der Kommunen erreiche eine Größenordnung von rund 800 Millionen €. Die Schulträger melde-ten ihre Bedarfe den Kreisen, die Kreise stellten eine Prioritätenliste auf und übergäben sie dem Land. Man bereite derzeit das Antragsverfahren vor und erarbeite eine Richtlinie, die Ende Februar in die Anhörung gehe. Nach der Anmeldung der Projekte im April liefen die Genehmigungsverfahren. Nach dem Konjunkturpaket des Bundes solle beim Schulbau der Aspekt der energetischen Sanierung Vorrang haben; möglich seien durch die Verbindung mit dem Programm des Landes aber auch andere Maßnahmen. Die Baumaßnahmen für die Kindertagesstätten unterlägen nicht diesen Restriktionen. Die Verteilung der Mittel an die Kreise orientiere sich an der Zahl der Schülerinnen und Schüler sowie der Kinder, die eine Kindertagesstätte besuchten.

Abg. Birk setzt sich dafür ein, dass das Programm auch verwaltungsseitig möglichst zügig abgewickelt werde und auch Hilfen für Kinder mit Sinnes- oder Bewegungsbehinderungen realisiert würden.

Auch die Ministerin hebt hervor, dass eine zügige Abwicklung durch die Investitionsbank erforderlich sei. Das Antragsverfahren solle bis Ende April 2009 abgeschlossen sein, im Mai müsse man dem Bund eine Liste der Anträge melden. Im zweiten Halbjahr 2009 solle die Hälfte der Gelder ausgegeben werden.

St de Jager teilt mit, von den für den Wissenschaftsbereich vorgesehenen 84 Millionen € entfielen 6 Millionen € auf kleinere Maßnahmen, 77 Millionen € auf Hochschulbau, Forschung und Universitätsklinikum; die Hälfte der Summe solle für die bauliche Sanierung des UK S-H verwendet werden. Die bisher eingegangenen Projektwünsche umfassten ein Volumen von rund 200 Millionen € und würden jetzt anhand bestimmter Kriterien geprüft. Die Maßnahmen müssten schnell umsetzbar sein, und die energetische Sanierung spiele eine wesentliche Rolle. Inwieweit die außeruniversitären Forschungseinrichtungen zulasten der Hochschulen gefördert würden, müsse kritisch geprüft werden.

Abg. Birk äußert sich skeptisch hinsichtlich einer alleinigen Abwicklung über die GMSH, insbesondere mit Blick auf die Bedeutung der energetischen Fragen.

St de Jager geht davon aus, dass die GMSH fachkundige Dritte einbeziehen werde, um Verzögerungen im Bauablauf zu vermeiden.

Abg. Dr. Klug bittet die Landesregierung darum, dem Bildungsausschuss den von der Ministerin angesprochenen Entwurf der Richtlinie zuzuleiten und den Ausschuss fortlaufend über den Stand und die Umsetzung der Investitionsvorhaben in den Bereichen Bildung und Wissenschaft zu informieren.



Punkt 4 der Tagesordnung:

### **Nachwuchs in der Seeschifffahrt sicherstellen**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 16/2398

(überwiesen am 28. Januar 2009 an den Wirtschaftsausschuss und den Bildungsausschuss zur abschließenden Beratung)

Abg. Birk fragt nach pragmatischen Lösungen, die Ausbildung von qualifiziertem Nachwuchs in der Seeschifffahrt sicherzustellen. Außerdem sollten die Kapitäne in einer Art Studium generale Kompetenzen in den Bereichen Wirtschaft, Menschenführung, Schiffssicherheit, Meeresforschung u. a. erwerben.

St de Jager lehnt eine Änderung des Hochschulgesetzes in dieser Legislaturperiode ab. Bevor man die Besetzung einer Professur ohne Promotion ermögliche, sollte man nicht zuletzt vor dem Hintergrund der derzeitigen Finanzkrise die Entwicklung der Bewerberlage abwarten. Eine Zeit lang könne man sich mit Lehrbeauftragten behelfen. Ebenso ablehnend äußert er sich zur Einführung eines Studium generale in der Kapitänsausbildung, das in oder neben dem Nautik-Studiengang an der Fachhochschule Flensburg kaum Platz finden dürfte.

Abg. Dr. Klug plädiert - unterstützt von den Abgeordneten Birk und Spoorendonk - dafür, die im früheren Hochschulgesetz enthaltene Ausnahmeregelung möglichst schnell wieder einzuführen, und möchte vom Wissenschaftsministerium wissen, in welchem Umfang von dieser sogenannten „Künstlerklausel“ in der Vergangenheit überhaupt Gebrauch gemacht worden sei.

St de Jager wiederholt seine Bedenken gegen eine sofortige Öffnung des Hochschulgesetzes, nur weil es gegenwärtig keine promovierten Bewerber gebe, und empfiehlt, zunächst die Ergebnisse der zweiten Ausschreibung abzuwarten.

Der Ausschuss nimmt den Bericht Drucksache 16/2398 abschließend zur Kenntnis.

Punkt 5 der Tagesordnung:

**Bericht des Wissenschaftsministeriums zur Umsetzung des Hochschulpakts**

(auf Antrag des SSW)

St de Jager berichtet über die Umsetzung des Hochschulpakts, Umdruck 16/3996.

Abg. Spoorendonk fragt nach Konsequenzen der unterschiedlichen Entwicklung für die einzelnen Hochschulen, insbesondere für die von Zuwächsen betroffenen Fachhochschulen.

Abg. Dr. Klug möchte wissen, inwieweit das Ziel, die Zahl der Studierenden in den ingenieur- und naturwissenschaftlichen Fächern zu steigern, erreicht worden sei und welche Maßnahmen die anderen Bundesländer vorsähen, um ein ausreichendes Studienplatzangebot für die durch die Umstellung auf G 8 entstehenden Abiturdoppeljahrgänge sicherzustellen.

Der Staatssekretär macht darauf aufmerksam, an der Verteilung der Mittel werde sich bis zur Schlussabrechnung im Jahr 2011 nichts ändern. Zurzeit sei noch nicht klar, ob man es mit einem vorübergehenden oder einem dauerhaften Trend zu tun habe. Während sich die Studierendenzahl in den ingenieur- und naturwissenschaftlichen Studiengängen an den Fachhochschulen erfreulich entwickle, gebe es hier bei der CAU noch Probleme. Mit Blick auf den Abiturdoppeljahrgang im Jahr 2016 fordere Schleswig-Holstein eine Fortschreibung des Hochschulpakts zwischen Bund und Ländern bis zum Jahr 2020. Man müsse auf das flexible Studierendenverhalten mit möglichst flexiblen Regelungen reagieren können.

Auf Fragen der Abg. Birk und Spoorendonk erwidert er, eine generelle Änderung der Kapazitätsverordnung sei nicht möglich, allerdings sei in dem zur parlamentarischen Beratung anstehenden Gesetzentwurf zur Hochschulzulassung ein Bandbreitenmodell vorgesehen. Über die Verteilung der Hochschulpaktmittel in den ersten beiden Jahren auf die einzelnen Hochschulen werde er den Bildungsausschuss schriftlich unterrichten. Referenzjahr bleibe das Jahr 2005. Das von Wissenschaftssenator Dr. Zöllner verfolgte Modell „Geld folgt den Studierenden“ lehne man strikt ab, weil es zulasten der Flächenländer und insbesondere Schleswig-Holsteins ginge.

Punkt 6 der Tagesordnung:

**Kieler Universitätscampus und Denkmalschutz**

Antrag der Fraktion der FDP  
Drucksache 16/2404 Nummer 1

(überwiesen am 29. Januar 2009 an den Bildungsausschuss)

Der Bildungsausschuss folgt dem Vorschlag von Abg. Wengler, die Beratung über Nummer 1 des FDP-Antrages zurückzustellen, bis der zur März-Tagung des Landtages von der Landesregierung erbetene Bericht vorliegt.

Auf eine Frage von Abg. Birk teilt AL Bieler-Seelhoff mit, das Widerspruchsverfahren gegen den sofortigen Vollzug der Unterschutzstellung großer Teile der CAU ruhe erst einmal. Im Übrigen seien von sechs Bauanträgen mit Denkmalrelevanz bereits fünf positiv beschieden worden.

Der Antrag von Abg. Dr. Klug, zu der Thematik schriftliche Stellungnahmen der CAU und der Denkmalpflege einzuholen, wird mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Punkt 7 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes zum Vertrag zwischen dem Land Schleswig-Holstein und dem Heiligen Stuhl**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 16/2245

(überwiesen am 28. Januar 2009 an den **Innen- und Rechtsausschuss**, den Bildungsausschuss und den Finanzausschuss)

Auf Fragen der Abg. Dr. Klug und Birk erwidert AL Bieler-Seelhoff, die Formulierung in Artikel 6 sei mit der katholischen Kirche abgestimmt. Außer der katholischen Schule gebe es keine weiteren Bildungseinrichtung in katholischer Trägerschaft in Schleswig-Holstein. Die Förderung der katholischen Werke werde in Analogie zum Staatsvertrag mit der evangelischen Kirche im Staatsvertrag nicht geregelt.

Abg. Buder erklärt, er lehne den Staatsvertrag ab.

Abg. Dr. Klug erklärt, er enthalte sich der Stimme, weil er den Ewigkeitscharakter des Vertrages ablehne.

Mit den Stimmen der Mitglieder der CDU, der Abg. Dr. Höppner und Müller gegen die Stimmen der Abg. Buder und Birk bei Enthaltung des Abg. Dr. Klug empfiehlt der Ausschuss dem federführenden Innen- und Rechtsausschuss, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen.

Punkt 8 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

- a) Abg. Birk kündigt einen Antrag an, sich in der nächsten Ausschusssitzung gemeinsam mit dem Bildungs- und Wissenschaftsministerium sowie den Betroffenen mit dem Thema Masterstudiengang der **Lehrerausbildung an der Universität Flensburg** und dem Thema **Medizinstudienplätze** zu befassen.

Auf Anregung von Abg. Dr. Klug kommt der Ausschuss überein, sich zu gegebener Zeit mit den Ergebnissen der an der Universität Flensburg eingesetzten Strukturkommission zu beschäftigen.

- b) Abg. Birk bittet um Klarstellung, unter welchen Bedingungen ein Schüler im Bildungsgang Hauptschule in den Bildungsgang Realschule aufsteigen könne.

Abg. Dr. Höppner verweist auf die Regionalschulordnung.

Die Vorsitzende, Abg. Eisenberg, schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 15:45 Uhr.

gez. Sylvia Eisenberg

Vorsitzende

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer